



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2012/5

Datum/Zeit	Donnerstag, 13. September 2012, 18.00 - 19.45 Uhr	
Ort	im Tellsaal, Bernstrasse 101, Ostermundigen	
Vorsitz	Werner Michael (FDP)	1
Mitglieder	Biner Jacques (SP)	
	Dogan Aziz (SP)	
	Grossniklaus Bruno (SP)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	
	Moser Rupert (SP)	
	Riesen Norbert (SP)	
	Wiedmer Rudolf (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	ab 18.45 Uhr
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Hirt Bruno (Grüne)	
	Schär Roger (parteilos)	<u>12</u>
	Brauner Fabian (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	ab 18.05 Uhr
	Weber Beat (SVP)	ab 18.20 Uhr
	Wegmüller Nadine (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	<u>8</u>
	Bolliger Renate (EVP)	
	Schröer Christopher (EVP)	
	Wagner Peter (EVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	<u>4</u>
	Bendoza Thomas (FORUM)	
	Meienhofer Adrian (FORUM)	
	Rüfli Roland (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	
	Schenk Madeleine (FORUM)	<u>5</u>
	Rutschi Raphael (FDP)	
	Schoop Henrik (FDP)	<u>2</u>
	Löhner Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	<u>2</u>
	Total anwesend	<u>34</u>

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

Mitglieder Gemeinderat	Baumgartner Gerhard (EVP) Blaser Erich (SVP) Ernst Synes (CVP) Lüthy Ursula (Grüne) Panayides Alikei (SVP) Thomann Andreas (SP) Unteregger Schütz Regula (SP) Zahler Christian (Gemeindepräsident SP) sowie Gemeindeschreiberin Marianne Meyer
Protokoll	Jürg Kumli, Ratssekretär
Entschuldigt	<i>GGR-Mitglieder:</i> Bracher Peter (SVP), Fels Silvia (EVP), Nova Colette (SP), Weishaupt Jakob (SP) und 1 Sitz vakant (SVP) <i>GR-Mitglied:</i> Wegmann Peter (FDP)
Unentschuldigt abwesend	Leumann Beat (FDP)

T R A K T A N D E N

61. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 10. Mai 2012; Genehmigung.....169
62. Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 28. Juni 2012; Genehmigung170
63. Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl.....171
64. Überbauungsordnung "Wohnüberbauung
Kästli"(Grubenstrasse/Paracelsusstrasse): kombiniertes Verfahren; Genehmigung172
65. Kehrlichfahrzeug Nr. 1 Ersatzbeschaffung; Kreditabrechnung175
66. Oberfeld: Erstellen einer zentralen Regenwasserretentions- und
Versickerungsanlage; Kreditabrechnung176
67. Motion FORUM-Fraktion vom 8. September 2011 betreffend Prüfung der

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

Wasser- und Abwasserreglemente; Berichterstattung	179
68. Postulat B. Grossniklaus (SP) betreffend Schaffung von öffentlicher Werbefläche; Berichterstattung	181
69. Überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	183
70. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Benützung der Bernstrasse durch den mIV; schriftliche Beantwortung	189
71. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrs- und Wohnqualitätsfragen; schriftliche Beantwortung.....	190
72. Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend Ziele, Nutzen und Kosten des Verwaltungsberichtes; schriftliche Beantwortung	191
73. Motion SVP-Fraktion betreffend Gratulationen an betagte Mitbürger; parlamentarischer Neueingang.....	192

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Mit neuester Technologie (= Freisprechmikrofon) begrüsse ich alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 31 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Die Parlamentsmitglieder Liliane Schärer (SP) per sofort und Bruno Hirt (Grüne) per 30. September 2012 haben demissioniert. Den beiden gebührt für das Engagement zugunsten der Gemeinde Ostermundigen ein grosses Dankeschön!
2. Die neuen Parlamentsmitglieder Adrian Meienhofer (FORUM) für Walter Bruderer und Rupert Moser (SP) für Liliane Schärer heisse ich im Plenum herzlich willkommen.
3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - „Hangar 2.0“ am 14. und 15. September 2012
 - Einladung zur Tagung Agglomerationspolitik 2012 vom 2. November in Münsingen
4. Die Einladungen für den Ratsausflug von 12. Oktober 2012 sind dem Ratssekretär umgehend abzugeben. ¹⁾
5. Die nächste Sitzung findet am 25. Oktober 2012 statt.
6. Ein zusätzlicher Eintrag in die Agenda: Die provisorisch vereinbarte GGR-Sitzung vom 15. November findet statt.
7. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant Kurve-Kafi.

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 73 Orientierungen des Gemeinderates entfällt - es liegen keine Themen vor.

Parlamentarische Neueingänge

- Motion SVP-Fraktion vom 13. September 2012 betreffend Gratulationen an betagte Mitbürger

¹⁾ 18.05 Uhr: Die Vizepräsidentin Lucia Müller (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Anpassungen stillschweigend genehmigt.

Persönliche Erklärung

Bruno Grossniklaus (SP): Die Zusammenstellung der Traktandenliste erstaunt mich doch sehr. Allgemein ist in unserer Gemeinde bekannt, dass dieses Wochenende ein Event im "Hangar" stattfindet, mit welchem man auf die Wichtigkeit eines breiten Jugendangebots hinweisen will. Und daher hätte aus meiner Sicht die Motion zum Erhalt des Hangars hier und heute im Plenum behandelt werden müssen.

Mir ist durchaus bewusst, dass das Parlament im Jahre 2010 zustimmte, dass die politischen Vorstösse, welche mindestens 30 Tage vor der nächsten Parlamentsitzung eingereicht werden, nicht mehr automatisch an der nächsten GGR-Sitzung behandelt werden. Trotz der legalen, d. h. gesetzeskonformen Vorgehensweise rüge ich den Gemeinderat für eine illegitime Handlung. Die Politik hat zur Aufgabe, den Menschen zu dienen und nicht nur irgendwelchen Verfahrensvorschriften zu folgen. Der Gemeinderat ist eine demokratisch, staatliche Behörde, d. h. Grundlagen und Grenzen seines Handelns ist das interpretierbare Recht. Aber er ist zugleich ein demokratisch, politisches Gremium. Er hat mit einem gewissen politischen Fingerspitzengefühl zu agieren! Er muss der allgemeinen Situation sowie der Aktualität der bewegenden Gemeindethemen Rechnung tragen.

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP): Folgender Faktor lässt eine Beantwortung anlässlich der heutigen Sitzung nicht zu: Der Gemeinderat hat am Jugendhaus bauliche Massnahmen im kleineren Stil angeordnet. Die Notausgänge wurden mit Lärmschutztüren saniert. Eine bauliche Verzögerung ist eingetreten und aus diesem Grund konnte die erwähnte Motion nicht beantwortet werden. Die Arbeiten wurden erst in dieser Woche fertig gestellt.

Ich möchte allen Anwesenden empfehlen, den "Hangar" an diesem Wochenende zu besuchen. Es wird ein vielfältiges Angebot an Jugendarbeit vorgestellt.

Bruno Grossniklaus (SP): Besten Dank für die Ausführungen. In der Erheblicherklärung zur Motion hätten auf die baulichen Massnahmen aufmerksam gemacht werden können.

61. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 10. Mai 2012; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Gibt es Anmerkungen zum vorliegenden Protokoll?

Bruno Grossniklaus (SP): Auf Seite 94 wird in meinem Votum eine "linke Ratsmehrheit" erwähnt. Richtig ist die folgende Formulierung:

...Es ist richtig und für die linke Ratsfraktion verständlich, dass wir nicht Steuern erheben, wo keine notwendig sind...

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine weiteren Bemerkungen zum Protokoll vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. Mai 2012 wird genehmigt.

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

62. Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 28. Juni 2012; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Gibt es Anmerkungen zum vorliegenden Protokoll?

Es liegen keine Bemerkungen vor und der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2012 wird genehmigt.

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

63. Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Auf Vorschlag der FORUM-Fraktion bleibt der Sitz bis Ende Jahr vakant.

64. Überbauungsordnung "Wohnüberbauung Kästli" (Grubenstrasse/Paracelsusstrasse): kombiniertes Verfahren; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Sandra Löhner (CVP): Die CVP-Fraktion hat die abgegebenen Unterlagen studiert und wird dem Geschäft zustimmen. Es ist gut, dass in diesem Quartier etwas geschieht. Die heutige Situation ist nicht vorteilhaft. Viele Autos stehen heute quer im Quartier. Eine Mischung aus Wohnungen, Dienstleitungen und Verkehr macht Sinn. Ich kann die einsprechende Anwohnerschaft durchaus verstehen. Es ist wichtig, dass eine allseits befriedigende Lösung gefunden wird.

Die Firma Kästli will ihren Geschäftssitz in Ostermundigen aufrecht erhalten. Für die Gemeinde Ostermundigen ist es wichtig, dass diese Firma weiterhin in Ostermundigen ansässig bleibt.

Thomas Bendoza (FORUM): Wir vom FORUM würden es begrüßen, wenn die Einsprachen von der Verwaltung mit der nötigen Sorgfaltspflicht entgegengenommen würden.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion wird der vorliegenden Überbauungsordnung ebenfalls zustimmen. Wir sind erfreut, dass in diesem Gebiet eine neue Wohnüberbauung entstehen soll. Wir begrüßen ebenfalls, dass die Firma Kästli die Administration weiterhin in Ostermundigen lassen will. Wir hoffen, dass es sich nicht nur um ein "Lippenbekenntnis" handelt.

2. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Auch die EVP-Fraktion wird der Überbauungsordnung zustimmen. Das Kästliareal präsentiert sich zum heutigen Zeitpunkt nicht sehr attraktiv und zudem liegt es im Zentrum, an bester verkehrstechnischer Lage. Bereits heute ist das Areal der Wohn- und Gewerbezone WG3 zugewiesen. Es handelt sich hier nicht um eine neue Einzoning und keine grüne Wiese wird überbaut. Daher ist die Idee, dieses Areal besser zu nutzen, nach unserer Meinung sinnvoll. Nach dem Studium der Unterlagen haben wir keine Haare in der Suppe gefunden.

Ich kann mich den Vorrednern anschliessen: Auch uns ist es besonders wichtig, dass die Firma Kästli den Sitz in Ostermundigen beibehält. Geplant ist lediglich, dass der Werkhof verlegt wird. Die Büros sollen in Ostermundigen bleiben. Trotzdem habe ich eine Frage an den Gemeinderat:

- Wird irgendwo schwarz auf weiss festgehalten, dass der Sitz der Firma Kästli AG in Ostermundigen bleibt? Eine konkrete Aussage habe ich in den Unterlagen nicht gefunden.

Raphael Rutschi (FDP): Wir unterstützen das vorliegende Geschäft aus drei Aspekten:

1. Die Mehrwertabschöpfung zugunsten der Gemeinde Ostermundigen bei einer Umzonung des Landes: Bei der Realisation fliesst ein namhafter Betrag in die Spezialfinanzierung. Dieser Mehrwertabschöpfungsbeitrag kann anschliessend für bauliche Massnahmen oder als Beitrag an den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden.
2. Die Nutzung wird erweitert. Es wird neuer Wohnraum und zusätzliches Steuersubstrat geschaffen und die Administration der Firma Kästli soll weiterhin in Ostermundigen ihre Arbeiten erledigen. In diesem Gebiet kann ein verdichtetes Bauen realisiert werden.
3. Den Einsprachen ist die notwendige Beachtung zu schenken. Sie sind in ihrer Anzahl gering und eher subjektiver Natur.

Bruno Grossniklaus (SP): Die Ratslinke wird dem Geschäft ebenfalls zustimmen. Auch uns ist es ein besonderes Anliegen, dass die Firma Kästli AG ihren Sitz in Ostermundigen beibehält. Mit dieser Überbauung wird eine Erneuerung der Bausubstanz erreicht. Dem Energieaspekt wird in der Überbauungsordnung genügend Rechnung getragen. Die Einsprachen sind allseits befriedigend zu eliminieren.

2)

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die signalisierte Zustimmung zum Geschäft. Die Frage des Geschäftssitzes ist auch für den Gemeinderat sehr interessant und wichtig. In den Verhandlungen mit der Firma Kästli war die Verlegung des Geschäftssitzes nie ein Thema. Die Firma Kästli will lediglich den Werkhof verlegen und mit der Überbauung die Büroräumlichkeiten ausbauen. Nach Rücksprache mit dem Verwaltungsratspräsidenten, Herr Remund, wurde er in der Presse falsch zitiert. Eine Verlegung des Geschäftssitzes ist nicht opportun.

Das beste Vorgehen seitens der Behördeinstanzen ist es, ein solches Projekt zu genehmigen. Es ist jedoch nicht möglich, den Firmensitz über Jahre hinweg an Ostermundigen anzubinden. Der Kontakt zu den Firmeninhabern wird stets gepflegt (--> z. B. Wirtschaftsapéro).

Die Einspracheverhandlungen wurden ordnungsgemäss durchgeführt. Der Gemeinderat ist auf die Einsprechenden zugegangen. Baurechtlich können die Einsprachen nicht geschützt werden. Bei den Besucherparkplätzen wurden nachträglich Anpassungen vorgenommen. Es ist nicht so, dass die Einsprachen nichts bewegt hätten. Die Überbauungsordnung ist aus der Sicht des Gemeinderates bewilligungsfähig.

2) 18.20 Uhr: Beat Weber (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Überbauungsordnung "Wohnüberbauung Kästli" (Grubenstrasse/Paracelsusstrasse) inkl. kombiniertes Verfahren wird genehmigt.
2. Die aufrechterhaltenen Einsprachen werden dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) als unbegründet zur Ablehnung beantragt.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Ausgleich des planungsbedingten Mehrwertes in einem Vertrag zwischen der Gemeinde Ostermundigen und der Firma Kästli AG geregelt ist und die von den Grundeigentümerschaften zu leistende Mehrwertabgabe Fr. 550'000.-- beträgt.
4. Die Überbauungsordnung "Wohnüberbauung Kästli" (Grubenstrasse/Paracelsusstrasse) inkl. kombiniertes Verfahren wird dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Genehmigung beantragt.
5. Die Beschlusseziffern Nr. 1, 2 und 4 unterliegen dem fakultativen Referendum.

65. Kehrriechtfahrzeug Nr. 1 Ersatzbeschaffung; Kreditabrechnung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Norbert Riesen (SP): Das Geschäft macht Freude - ein Paradebeispiel; so sollte es sein! Langfristig denken, ökologisch beschaffen und mit entsprechendem Kreditantrag besorgen und anschliessend so schnell als möglich die Kreditabrechnung erstellen. Besonders erfreut bin ich darüber, dass mit diesem Kehrriechtfahrzeug rund 30 % weniger Treibstoff verbraucht wird. Das ist ein besonders positiver Punkt zugunsten der Gemeinde Ostermundigen. Ein Dankschön gebührt der Abteilung Tiefbau.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Zur Kreditabrechnung liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 0 Stimmeinstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung des neuen Kehrriechtwagens MAN TGS Euro 5 mit Partikelfilter und Aufbau der Firma Contena AG abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 350'887.60 (inkl. MWST) wird zur Kenntnis genommen.

66. Oberfeld: Erstellen einer zentralen Regenwasserretentions- und Versickerungsanlage; Kreditabrechnung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig

Ernst Hirsiger (SVP): Die Gemeinde Ostermundigen hat sich mit dieser Anlage ein abwassertechnisches Baudenkmal errichtet. Leider lässt es sich touristisch nicht vermarkten, da der Bau unterirdisch angelegt ist. Die vorliegende Kreditabrechnung hat bei der SVP-Fraktion Fragen aufgeworfen:

- Das Geschäft führte zu einer Kostenüberschreitung von Fr. 103'188.40. Das entspricht ca. 11,5 % des ursprünglich beantragten Kredites. Bei einem Bauwerk mit Pioniercharakter ist das nichts Aussergewöhnliches. Hingegen zeigt sich die SVP-Fraktion etwas befremdet über die Tatsache, dass mit der Kreditabrechnung gleichzeitig ein Nachkredit zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasser zur Bewilligung vorgelegt wird.
- Bei Kostenüberschreitungen sollten nach den üblichen Gepflogenheiten, Nachkredite, je nach ihrer Höhe, dem Gemeinderat oder dem Parlament zur Bewilligung vorgelegt werden, bevor das Geld ausgegeben wird und nicht ein Jahr nach der definitiven Fertigstellung des Projektes. Begründete Ausnahmen bestätigen die Regel. Im vorliegenden Fall hat die SVP-Fraktion nicht den Eindruck, dass eine solche Ausnahme zwingend gegeben war. Die SVP-Fraktion erwartet, dass das bei diesem Geschäft gewählte Vorgehen nicht zum Normalfall wird und benötigte Nachkredite in der Zukunft zeitgerecht dem zuständigen Organ zur Genehmigung vorgelegt werden.
- Den Erläuterungen zum Geschäft ist weiter zu entnehmen, dass nach Fertigstellung der Anlage gegen Ende 2009 ein starkes Gewitter zu Schäden an der Anlage führte. Als Ergebnis davon wurde unter anderem als Hochwasserschutzmassnahme ein Damm gebaut. Naturereignisse sind schwer vorhersehbar. Das weiss auch die SVP-Fraktion. Vielleicht waren aber bei der Projektierung der Anlage die Risikoanalysen zu optimistisch oder ungenügend.

Trotz diesen Einwänden stimmt die SVP-Fraktion dem vorliegenden Geschäft in allen Punkten zu. Ein anderer Entscheid ergäbe keinen Sinn.

Bruno Grossniklaus (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen - allerdings nicht ohne ein Murren:

Wir sind nicht erfreut, dass das Projekt mit rund Fr. 100'000.-- Mehrkosten zu Buche schlägt, doch für einiges haben wir Verständnis. So verstehen wir, dass der Gemeinderat nicht "Herr über das Wetter" ist und zum Schutze der Anlage ein kleiner Damm gebaut werden musste. Aber jetzt kommt unsere Irritation: Fr. 28'000.-- für einen kleinen Haufen Humus? Zudem gilt es, Folgendes zu beachten: Wer schon einmal vor der Errichtung der Anlage an diesem Ort stand, während es anhaltend regnete, der konnte mit blossem Auge sehen, dass dieser Be-

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

reich vom Regenwasser überflutet wird. Genauere Abklärungen hätten den Schaden verhindern können.

Auch irritiert uns, dass die Ingenieurkosten um einen Drittel, d. h. um Fr. 30'000.-- gestiegen sind. Mein Grossvater - Gott sei seiner Seele gnädig - war ein rechtschaffender Schlossermeister mit einem kleinen eigenen Betrieb gewesen. Hätte er sich erlaubt, solche Kostenfehl-schätzungen zu begehen, er wäre Konkurs gegangen. Bei jedem Staat würden die Neolibera-len von sozialistischer Misswirtschaft sprechen. Hier haben wir es aber vermutlich mit "genia-lem, privatwirtschaftlichen Finanzmanagement" zu tun!

Jetzt noch ein Votum zum Kanton. Unser Kanton hat seine Stärken und Schwächen. Eine Schwäche wurzelt aus zwei Punkten:

- Der katastrophalen Finanzpolitik der Bürgerlichen und
- einer gewissen Innovationsfeindlichkeit.

Wir starteten mit dieser Anlage ein landesweites Pilotprojekt, welches zukunftssträftig ist und im Bereich "Clentech³" bzw. Nachhaltigkeit den Wirtschaftsstandort Bern stärken könnte. Aber statt uns zu unterstützen, wird dieses Projekt bzw. unsere Gemeinde mit Mehrkosten und höheren Auflagenschwellen belastet. Ich fordere den Gemeinderat auf, gegen diese Pra-xis beim Kanton zu protestieren.

Zu guter Letzt noch ein lobendes Wort an unseren Gemeinderat. Die SP/Grüne/Gewerkschaf-ten-Fraktion begrüsst die Bereitschaft des Gemeinderates, Innovationen im Bereich der Nachhaltigkeit zu fördern. Trotz aller Kritik muss festgehalten werden, dass die Hände unse-rer Exekutive, was die Mehrkosten angeht, weitgehend in Unschuld zu waschen sind.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Syne Ernst (CVP): Besten Dank für die Voten zum Geschäft. Ich habe heute Morgen nochmals meine Voten im GGR-Protokoll vom Juli 2008 nachgelesen. Ich war damals nicht für den Ausbau dieser Regenwasserretentionsanlage resp. habe mich der Stimme enthalten. Heute bin ich froh über den Bau dieser Anlage!

- Die Reinigung des Regenwassers ab den Gemeindestrassen fällt rund 60 % besser aus, als wenn eine Versickerung durch den Humus geführt wird. Das Regenwasser ist um rund 20 % reiner als eine direkte Zuführung in die ARA. Mit der gedeckten Anlage konnten auch die Geruchsemissionen ausgeschaltet werden.
- Der Nachkredit soll nicht zur Norm werden. Diese Frage wird anlässlich der Dezembersit-zung im Parlament diskutiert.
- Dammerstellung: Da wurde nicht nur ein Haufen Dreck angelegt, der Schutzwall ist mit Beton ausgerüstet. Die Preise für die Erstellung des Schutzdammes sind gerechtfertigt.

³ Wikipedia: **Cleantech** oder **clean technologies** (engl., Saubere Technologien) ist ein [Schlagwort](#), das [Produkte](#), Prozesse oder [Dienstleistungen](#) beschreibt, welche die operationale [Leistung](#), [Produktivität](#) oder die [Effizienz](#) steigern und gleichzeitig [Kosten](#), natürliche [Ressourcen](#), den [Energieverbrauch](#), [Ab-fälle](#) oder die [Verschmutzung](#) reduzieren^[1]

- Reklamationen beim Kanton: Wir werden das Pilotprojekt weiterführen. Der Kanton verlangt von uns weitere Messungen. Was passiert, wenn das Gebiet Oberfeld angeschlossen wird? Die Anlage wird das Regenwasser aus diesem Gebiet ebenfalls einwandfrei der ARA zuführen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von der Kreditabrechnung über die „Oberfeld: Erstellung einer zentralen Regenwasserretentions- und Versickerungsanlage“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'003'188.40 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung wird ein Nachkredit von Fr. 103'188.40 bewilligt.

10.3.72	Motionen
10.0.11	Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)
42.2.01	Reglemente, Vorschriften, Weisungen
42.3.01	Reglemente, Vorschriften, Weisungen

67. Motion FORUM-Fraktion vom 8. September 2011 betreffend Prüfung der Wasser- und Abwasserreglemente; Berichterstattung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst darf sich die Zweitunterzeichnende der Motion zum Geschäft äussern.

Esther Schaller (FORUM): Besten Dank für die gemeinderätliche Beantwortung. Diese hat unserer Ansicht nach nicht viel Neues zu Tage gebracht. Walter Bruderer hat dem Departementsvorsteher Gemeindebetriebe vorgängig noch einen Fragekatalog zugestellt. Wir erwarten die Antworten in den nächsten Tagen. Wir beantragen dem Parlament, die Motion vorläufig noch nicht abzuschreiben.

Rudolf Mahler (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion will die vorliegend Motion in zustimmender Weise entgegen nehmen. Wir möchten zum Geschäft noch drei Aspekte einbringen:

1. Wir werten es als besonders positiv, dass der Gemeinderat einen Antrag auf Änderung des Tarifsystems bei der ARA deponiert hat. Gemeinden, welche ihr Abwassersystem nur sehr schlecht warten, sollen zum Handeln angeregt werden.
2. Das Fördern von Versickerungsanlagen bei Altbauten wird befürwortet. Die Frage der Finanzierung muss noch diskutiert werden.
3. Wenn auf einem Grundstück nicht versickert werden kann, so dürfen die Eigentümer nicht mit einer Regenabwassergebühr bestraft werden.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Gemeindebetriebe ein "Steckenpferd" von Walter Bruderer sind. Er hat in der vorliegenden Motion alles zusammen in Frage gestellt. Das Abwasserreglement ist seit dem Jahre 2006 in Kraft. Die Grundeigentümer dürfen eine gewisse Rechtssicherheit seitens der Gemeinde Ostermundigen erwarten, d. h. ein Reglement darf nicht laufend geändert werden. Auch im Zusammenhang mit dem vom Parlament genehmigten Rahmenkredit ist es äusserst schwierig, wenn die Spielregeln laufend geändert werden.

Ich bitte das Parlament, in dieser Angelegenheit vorsichtig zu sein und dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen. Wir werden dem Parlament Änderungen im Anreizsystem vorstellen (hängiges Postulat der FDP-Fraktion). Gewisse Abklärungen sind noch hängig. Die Fragen von Walter Bruderer werde ich noch beantworten. Der Fragenkatalog und die Antworten werden selbstverständlich im Internet und in der Bantiger Post publiziert. ⁴⁾

⁴⁾ 18.45 Uhr: Christian Zeyer (SP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Berichterstattung zur Motion der FORUM-Fraktion betreffend Prüfung der Wasser- und Abwasserreglemente vom 8. September 2011 wird Kenntnis genommen. Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

10.3.73 Postulate
30.1.14 Reklamegesuche

68. Postulat B. Grossniklaus (SP) betreffend Schaffung von öffentlicher Werbefläche; Berichterstattung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst darf sich der Postulant zum Geschäft äussern.

Bruno Grossniklaus (SP): Ich ersuche das Parlament um Beistand, damit weder das Postulat noch die Motion als erledigt abgeschlossen werden. Denn dieser Vorgang wäre nicht korrekt. Weshalb bin ich gegen die Abschreibungen? Simplerweise aufgrund zweier Punkte:

- Am Standort Bernstrasse 96 befindet sich heute kaum noch Leben, seit mit grosszügiger Unterstützung des Gemeinderates die Poststelle 2 geschlossen wurde. Ab dem Jahre 2013 wird dieses Schicksal auch dem Standort Rütliweg 94 a blühen. Die Werbefläche muss demnach an belebteren Orten realisiert werden (z. B. bei der Dreieckanlage). Da bleibt nur zu hoffen, dass sich dies mit dem neuen Verwaltungs- bzw. Dienstleistungsstandort ändern wird.
- Dann wäre noch der Stand der Arbeiten: Da muss ich gestehen, dass ich von den zuständigen Stellen deutlich mehr erwartet habe. Der Stand der Dinge ist ja nicht einmal so, dass man provisorisch die Ortsinformationstafeln nutzen kann, sondern man hat anfangs mit der Firma Propag AG Kontakt aufgenommen, ob es theoretisch möglich sei, diese Tafeln zu verwenden!

Verzeihung, aber mich interessiert bei diesem Geschäft kaum, wie oder wo die Vereine ihre Werbung der Gemeinde Ostermundigen abgeben könnten, oder wo Werbefläche realisierbar wäre, sondern wo überall zusätzliche Werbefläche realisiert wurden? Die Antwort ist nirgends.

Der Arbeitsstand ist so, dass der Departementsvorsteher Hochbau vereinfacht ausgedrückt ein mickriges Telefonat geführt hat, welches zu keinem Ergebnis führte. Das ist nach über dreieinhalb Jahren Bearbeitungszeit bei einem einstimmig überwiesenen Postulat inakzeptabel! Es stellt sich da die Frage, wer das Departement Hochbau führt? Bei einem solchen Resultat kann es kein Gemeinderat sein.

Zuletzt möchte ich noch folgendes erwähnen: Sollten diese Werbeflächen jemals doch noch realisiert werden, so erwarte ich, dass sie für unsere Vereine gratis zu nutzen sind. Wir haben den Vereinen mit der letzten Budgetkürzung schon sehr viel zugemutet.

Ich bitte das Parlament inständig, heute Abend weder das Postulat noch die Motion abzuschreiben. Die Arbeiten sind nicht erledigt worden.

Eduard Rippstein (CVP): Ich bin schlichtweg sprachlos über die gemeinderätliche Beantwortung! Eine solche Beantwortung nach dreieinhalb Jahren Bearbeitungszeit ist skandalös. Wir Parlamentarier verlangen vom Gemeinderat etwas zugunsten der Ostermundiger Vereine. Andere Gemeinden stellen ihren Vereinen eine Infotafel, Wände oder Kasten für Werbeanträge zur Verfügung. Die Gemeinde Ostermundigen kann heute ausser der abgegebenen

schriftlichen Beantwortung nichts anbieten. Die Antworten sind den Preis des Papiers nicht Wert. Der Gemeinderat wird aufgefordert, endlich etwas in dieser Angelegenheit zu tun!

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Ich vertrete heute Abend den Departementsvorsteher Hochbau. Der Gemeinderat hat Verständnis für den Unmut des Parlamentes. Der Gemeinderat will eine langfristige und perfekte Lösung anbieten und keinen Schnellschuss. Zuerst ist das Reklamekonzept zu erarbeiten. An den neuen Ortsinformationstafeln sollen Plakatanschläge möglich sein.

Die Verzögerung ist nicht im Sinne des Gemeinderates. Er hat in der Botschaft sein weiteres Vorgehen kund getan. Es steht dem Parlament frei, die beiden politischen Vorstösse nicht abzuschreiben.

Bruno Grossniklaus (SP): Nur kurz bemerkt: Eine langfristige Lösung hätte mit einem dreieinhalbjährigen "Provisorium" überbrückt werden können.

Eduard Rippstein (CVP): Es steht dem Parlament zu, etwas anzunehmen oder abzulehnen. Es steht jedoch dem Gemeinderat nicht frei, einen guten Job zu erledigen. Das "Tram Region Bern" war im Jahre 2008 noch nicht in aller Leute Munde. Damals ging es den Motionären darum, den Vereinen Werbeflächen zur Verfügung zu stellen. Alles auf das "Tram Region Bern" abzuschieben, ist eine zu einfache Ausrede. Im vorliegenden Fall hat nicht nur das Departement Hochbau geschlampt, denn auch das Departement Bildung, Kultur, Sport ist bei diesem Geschäft eingebunden. Eine fließende Zusammenarbeit wird vorausgesetzt.

Ernst Hirsiger (SVP): Einsicht ist bekanntlich der beste Weg zur Besserung. Ausnahmsweise ist die SVP-Fraktion grosszügiger mit dem Gemeinderat. Wir glauben den Aussagen des Gemeinderates, dass er bei diesem Geschäft mehr machen wollte, als das Resultat aufzeigt.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von der Berichterstattung betreffend öffentliche Werbeflächen für Mundiger Vereine wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat B. Grossniklaus (SP) vom 10. Mai 2012 wird (*mit 25 zu 7 Stimmen*) nicht abgeschrieben.
3. Die Motion A. Thomann (SP) vom 11. Dezember 2008 wird (*mit 24 zu 7 Stimmen*) nicht abgeschrieben.

10.3.72 Motionen
50.8.71.30 Radar

69. Überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme ist den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt worden. Zuerst darf sich der Erstunterzeichnende der Motion zum Geschäft äussern.

Aziz Dogan (SP): Ich nehme an, dass sich alle Parteien im GGR in einem Punkt einig sind: Kinder sind unsere Zukunft, daher ist es besonders wichtig, dass wir sie schützen, wenn sie gefährdet sind. Und heute Abend sprechen wir über eine reale Gefahr, eine Gefahr, welche vermeidbar wäre, würden sich alle nur etwas mehr die berühmte bernische Gemütlichkeit zu Herzen nehmen.

Gerade auf dem Schulweg sind unsere Kinder am verletzlichsten. Dies mussten in der Region Bern einige Mitmenschen leider auf harte Weise erkennen. Gott sei Dank, kam es in Ostermundigen bisher nicht zu einem solchen Unfall; zumindest bis heute. Daher wende ich mich an euch meine Freunde. In der Vergangenheit konnte ich häufig beobachten wie Autofahrerinnen und Autofahrer vom "Rütihofer" mit überhöhter Geschwindigkeit an der Schulanlage vorbeifuhren. Zahlreichen Eltern und mir ist es daher ein Anliegen, das gegen diese Raser etwas unternommen wird. Ich bekomme grosse Angst, wenn ich daran denke, dass dieses Problem sich in den nächsten Jahren noch verschärft, da mit der Siedlung Oberfeld noch mehr Menschen dieser Gefahr ausgesetzt sind.

Es geht mir nicht darum, eine Hetzjagd auf den motorisierten Individualverkehr zu veranstalten, sondern um dort einzugreifen, wo die Autofahrerinnen und Autofahrer gegen besseres Gewissen handeln. Auch wenn die Kinder lernen müssen, vor dem Überqueren der Strasse nach links und nach rechts zu schauen, so ist es einem Fahrzeug mit überhöhter Geschwindigkeit oft nicht möglich, rechtzeitig zu bremsen.

Ich fordere den GGR auf, dass er sich für sichere Schulwege einsetzt. Eine fixe Radarstation in der Höhe der Schulanlage Rüti wäre ein kleiner, aber wirkungsvoller Schritt in die richtige Richtung!

Ich bin mit der gemeinderätlichen Beantwortung einverstanden. Aber ich möchte, dass die Motion erst nach der Installation einer zusätzlichen Radaranlage bei der Schulanlage Rüti abgeschrieben wird. Die Automobilisten müssen in diesem Bereich die Geschwindigkeit unbedingt anpassen!

Eduard Rippstein (CVP): Bereits als die Gemeinde Ostermundigen die fixen Radarinstallationen aufgestellt hat, habe ich es nicht verstanden, dass bei der Schulanlage Rüti keine solche Anlage installiert worden ist. Da ist ein Kandelaber inkl. fixer Radaranlage die bessere Lösung als eine neue halbstationäre Radaranlage. Ich schlage dem Gemeinderat vor, die Installation einer fixen Radaranlage nochmals zu prüfen. Das Ganze wäre nicht nur präventiver sondern auch billiger.

Ernst Hirsiger (SVP): Diese Motion wurde, ob Zufall oder nicht, von keinem SVP-Mitglied mitunterzeichnet. Das bedeutet aber keineswegs, dass der SVP-Fraktion Fragen, die die Verkehrssicherheit auf dem Strassennetz der Gemeinde betreffen, egal sind. Sie sieht allerdings die Lösung der bestehenden Probleme nicht ausschliesslich in Radarkontrollen und Geschwindigkeitssenkungen.

Die Teilnahme am Strassenverkehr ist und bleibt für alle Akteure Charaktersache. Die Eigenverantwortung sämtlicher Verkehrsteilnehmenden kann nicht mit einer Flut neuer Vorschriften und Gesetzen und einem rigorosen Bussen- und Kontrollregime gefördert werden. Gegen die Dummheit einzelner Verkehrsteilnehmenden ist kein Kraut gewachsen und sind solche Massnahmen weitgehend wirkungslos.

Die vorliegende Motion ist gut gemeint. Fixe Radarstationen verlieren aber bald ihre beabsichtigte Wirkung, weil zumindest einheimische Automobilisten sich deren Standort merken und sie in der Regel austricksen. Der meiste Verkehr auf Ostermundigen Strassen ist bekanntlich hausgemacht. Besser sind Geschwindigkeitskontrollen an wechselnden Standorten und zu unterschiedlichen Zeiten. Genau dies ist mit der semimobilen Anlage möglich, welche die Gemeinde bestellt hat. Sie ist die bessere Lösung. Ein Messpunkt unmittelbar beim Schulhaus Rüti ist vorgesehen und durch die Kantonspolizei genehmigt worden.

Die SVP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion nicht, weil ihre Ziele mit der semimobilen Radaranlage besser erreicht werden können. Eine zusätzliche, fixe Radaranlage wäre mit erheblichen Kosten verbunden und der Nutzen begrenzt. Sie müsste von der Kantonspolizei noch bewilligt werden. Ausserdem nützen fixe Radaranlagen wenig, wenn nicht genügend Kameras für den Betrieb vorhanden sind. Schon heute kann die Gemeinde nicht alle in Betrieb stehende fixe Radaranlagen mit "scharfen" Kameras bestücken.

Eine persönliche Bemerkung zum Schluss: Als Automobilist habe ich oftmals das Gefühl, dass ich bei Kindern weniger Angst haben muss als bei den erwachsenen Vorbildern.

Thomas Bendoza (FORUM): Ich möchte mich dem letzten Satz des Vorredners anschliessen. Eigentlich ist es traurig, dass ein Fussgängerübergang bei einer Schulanlage einen politischen Vorstoss benötigt. Vielleicht wäre es zweckmässiger, einen Auftrag an die Kantonspolizei zu erteilen, die heutige Verkehrssituation zu überprüfen. Das tiefe Tempo ist hauptsächlich für die Schülerinnen und Schüler als Sicherheitsmassnahme gedacht und muss auch während der Schulzeit unbedingt eingehalten werden.

Sind die Kontrollresultate einsehbar resp. ersichtlich? Die Gemeinde Bolligen publiziert die Resultate der Verkehrsmessungen regelmässig in der Bantiger Post. Die Resultate der Radaranlagen auf dem Gemeindegebiet von Ostermundigen sollten ebenfalls in der Bantiger Post publiziert werden.

Noch ein Votum zu der Baupiste "Oberfeld": Der Bauverkehr führt nach wie vor über den Rütliweg. Die Erschliessung der Baufelder hat via Sportplatzweg zu erfolgen. Dieser wird heute jedoch als privater Parkplatz der Bauarbeitenden und als Materiallagerplatz missbraucht.

Bruno Grossniklaus (SP): Ernst Hirsigers (SVP) letzter Satz stimmt vollumfänglich. Ich möchte noch festhalten, dass die Motion bereits im Frühling 2012 verfasst wurde. Just in dieser Zeit

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

sind rund um Ostermundigen viele Verkehrsunfälle mit Jugendlichen zu verzeichnen gewesen. Wir haben selber festgestellt, dass es nicht mehr möglich ist, zusätzliche fixe Radaranlagen zu montieren. Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, dem ernsthaften Thema anzunehmen.

In einem Punkt möchte ich widersprechen: Die Automobilisten werden weitgehend als Temposünder angeprangert. Das ist natürlich nicht generell der Fall. Bereits Ernst Hirsiger (SVP) hat erwähnt, dass ein paar wenige Temposünder zu einem tragischen Unfall führen können. Es darf auch keine Überreglementierung geschaffen werden. In diesem Sinn möchte ich dem Gemeinderat beliebt machen, die Situation nochmals zu prüfen und eventuell zusammen mit baulichen Massnahmen zu einem allseits zufriedenstellenden Resultat zu kommen.

Eduard Rippstein (CVP): Ich kenne die Radaranlagen in Ostermundigen. Sie helfen mit zur Schulwegsicherung. Fixe Radaranlagen bremsen bereits heute den Verkehrsfluss an den gewünschten Fussgängerübergängen. Sie helfen bei der Verkehrssicherheit mit und sind eine gute Sache.

Kinder bis 8 Jahre können die Geschwindigkeit in Abhängigkeit zur Distanz nicht einschätzen. Wenn ein Kind überfahren wird, nützt es wenig, den Unfallverursachenden als Raser zu betiteln. Wir müssen etwas zur Sicherheit unternehmen. Ein Rechnungsbeispiel: Ein Auto mit 50 km/h und ein Auto mit 30 km/h sehen gleichzeitig ein Kind. Der Automobilist mit 30 km/h hält rechtzeitig an und der Automobilist mit 50 km/h hat nach der Reaktionszeit immer noch 15 km/h auf dem Tacho. Aus der Unfallstatistik geht hervor, dass bei Zusammenstössen bis ca. 20 km/h keine gravierenden Verletzungen entstehen.

Norbert Riesen (SP): Ernst Hirsiger (SVP) will an die Eigenverantwortung appellieren. Wer ein Unfallkind persönlich kennt, der kann nicht so locker an die Eigenverantwortung der Fahrzeughalter appellieren. Bei meinem politischen Vorstoss für mehr Polizeipräsenz waren wir uns in Bezug auf die Eigenverantwortung einig, es muss auch präventiv mittels mehr Polizeipräsenz mehr gearbeitet und sanktioniert werden.

Aziz Dogan (SP): Bei der Schulanlage Rüti ist das Verkehrsaufkommen grösser als bei der Schulanlage Dennigkofen. Den Fussgängerstreifen nutzen auch immer wieder viele Fussballspielende (FCO-Garderoben). Eine Temporeduktion auf 40 km/h als Sofortmassnahme ist unbedingt zu prüfen.

Rudolf Mahler (SP): Ich möchte Eduard Rippstein (CVP) in seinem Votum unterstützen. Es muss etwas unternommen werden. Anstelle einer fixen Radaranlage kann auch eine semistationäre Anlage zu einem Teilerfolg führen. Eine solche Anlage bedingt zusätzliche bauliche Anpassungen (z. B. Verengung) des Rütiwegs. Im Zusammenhang mit dem Bau des Trams ist die Situation nochmals zu prüfen. Es darf nicht geschehen, dass Schülerinnen und Schüler in Ostermundigen tödliche Verletzungen aus Verkehrsunfällen davonziehen.

Christian Zeyer (SP): Der Fussgängerübergang wird im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum im Gebiet Oberfeld immer wichtiger. Eine fixe Radaranlage ist die beste Lösung zur Schulwegsicherung - besser als eine semimobile Anlage. Die Motion darf heute Abend nicht abgeschrieben werden. Der Gemeinderat soll den Motionsauftrag zusammen mit der Kantonspolizei nochmals überprüfen und anschliessend dem Parlament die beste Variante für den Fussgängerübergang am Rütieweg präsentieren.

1. Vizepräsidentin Lucia Müller (SVP): Kinder müssen einen besonderen Schutz haben und dieser wird mit einer Temporeduktion erzielt. Die Einführung von Tempo 30 und eine semimobile Radaranlage werden das Problem für alle zufriedenstellend lösen. Die Verkehrssituation auf dem Gemeindegebiet ist zu überdenken. Das Verkehrskonzept muss an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Als erster Schritt ist eine mobile Radaranlage mit Temporeduktion einzurichten. Als weiterer Schritt ist die gesamte Verkehrssituation zu überprüfen.

Bruno Grossniklaus (SP): Liebe Lucia, du rennst bei uns offene Türen ein! Rudolf Mahler hat eine Motion betreffend "Tempolimite" eingereicht. Eine Radarstation als zusätzliche Massnahme macht beim Fussgängerübergang Schulanlage Rütli durchaus Sinn. Die Kombination mit anderen baulichen Massnahmen muss ebenfalls geprüft werden. Natürlich sind dafür die notwendigen Finanzen zu bewilligen. Es geht um die Sicherheit unserer Schulkinder.

Rudolf Mahler (SP): Ich danke der SVP-Fraktion für die Unterstützung meiner eingereichten Motion. Die Motion verlangt die Überprüfung der Verkehrssituation auf dem Gemeindegebiet. Das heutige Flickwerk an Massnahmen muss eliminiert werden. Es gibt kleine Strassen mit Tempo 50 und breitere Strassen mit Tempo 40. Dieses Missverhältnis muss von einem Verkehrsingenieur geprüft werden. Die Motion wird am 25. Oktober 2012 im Parlament diskutiert.

Ernst Hirsiger (SVP): Dem Votum von Norbert Riesen (SP) möchte ich noch entgegenhalten, dass die SVP-Fraktion nicht nach dem Motto "Kinderleben gegen freie Fahrt für freie Bürger" handelt. Die Meinung von Lucia Müller in Ehren; diese ist aber mit der Meinung der SVP-Fraktion nicht abgesprochen.

Norbert Riesen (SP): Ich bin mir durchaus bewusst, dass du Ernst Hirsiger kein Raser bist. Ich glaube, in keinem Reglement ist der Fraktionszwang festgehalten und Lucia Müller (SVP) darf ihre eigene Meinung im Parlament vertreten.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Besten Dank für die vielen Voten und Anregungen. Das Thema bewegt. Auch beim Gemeinderat werden hier offene Türen ingerannt und wir teilen das Anliegen der Motionäre.

Die semistationäre Radaranlage wird die Verkehrssituation besser als eine stationäre Anlage lösen können. Bereits ab dem Dezember kann diese Anlage in Betrieb genommen werden. Eine fixe Radaranlage verliert die Wirkung einer durchgehenden Temporeduktion, d. h. bis

kurz vor die Radaranlage wird gerast, anschliessend kurz und stark abgebremst und anschliessend wieder aufs Gaspedal gedrückt. Diesem Missstand will der Gemeinderat endgültig den Riegel schieben. Primär soll die Sicherheit auf einem möglichst breiten Perimeter wenn nicht gar flächendeckend gewährleistet werden. Wir haben auf unseren Fussgängerstreifen bis heute keine Verkehrsunfälle mit Todesfolge zu verzeichnen gehabt. Dieser Glücksfall soll beibehalten werden.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Eine Temporeduktion bei der Schulanlage Rüti ist im Zusammenhang mit dem Teilprojekt Nr. 5 "Tram Region Bern" vorgesehen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Thomas Bendoza (FORUM) hat noch die Baupiste ins Oberfeld erwähnt. Die HAUPTerschliessung des Gebietes Oberfeld ab der Bernstrasse via Sportplatzweg zum Restaurant Schützenhaus (= zukünftige Ahornstrasse) kann demnächst eröffnet werden. Die Baupiste ab dem Rütieweg wird als dann geschlossen und zurückgebaut.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Die Frage von Thomas Bendoza (FORUM) betreffend Berichterstattung der Radarresultate kann ich selbstverständlich entgegennehmen. Wir werden eine Publikation in geeigneter Form vorsehen.

Aziz Dogan (SP): Ich habe ebenfalls im Rütiquartier gewohnt. Schon im Jahre 2003 wurden mobilen Radaranlagen auf dem Rütieweg eingesetzt. Eine Temporeduktion wurde bereits damals in Aussicht gestellt.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Der Unterschied liegt darin, dass die mobile Radaranlage, welche im Jahre 2003 zum Einsatz kam, heute der Kantonspolizei gehört und die neue semistationäre Radaranlage im alleinigen Eigentum der Gemeinde Ostermundigen ist. D. h. diese Anlage wird ausschliesslich auf unserem Gemeindetermin im Einsatz stehen.

Der Auftrag an die Kantonspolizei wurde erwähnt. Gestern haben Gespräche mit Vertretern der Kantonspolizei stattgefunden und das Anliegen, dass die mobile Radaranlage auf unserem Gemeindegebiet zu wenig eingesetzt wird, wurde deponiert. Der Gemeinderat ist jedoch nicht befugt, der Kantonspolizei operative Aufträge zu erteilen. Ab Dezember 2012 können wir an 26 verschiedenen Standorten unsere semistationäre Radaranlage einsetzen.

Eduard Rippstein (CVP): Besten Dank für die Beantwortung. Ich habe von Seiten Gemeinderat nichts vernommen, auf die Wünsche des Parlamentes einzugehen. Die semistationäre Radaranlage kommt ab Dezember zum Einsatz. Eine fixe Radaranlage am Standort Schule Rüti will der Gemeinderat nicht prüfen.

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.
Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Rütischanlage wird (*mit 23 zu 6 Stimmen*) erheblich erklärt und (*mit 22 zu 10 Stimmen*) an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen
10.20.06 Öffentlicher Verkehr

70. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Benützung der Bernstrasse durch den mIV; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die schriftliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

Thomas Bendoza (FORUM): Wir FORUM-Mitglieder sind mit den Antworten zu Traktandum Nr. 70 und 71 nicht zufrieden. Wir werden die Fragen den Kandidierenden des Gemeindepräsidiums bereitstellen.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Benützung der Bernstrasse durch den mIV Kenntnis.

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

10.3.74 Interpellationen
10.20.06 Öffentlicher Verkehr

71. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrs- und Wohnqualitätsfragen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrs- und Wohnqualitätsfragen Kenntnis.

Sitzung Nr. 5 des Grossen Gemeinderates vom 13. September 2012

10.3.75 Einfache Anfragen
10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

72. Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend Ziele, Nutzen und Kosten des Verwaltungsberichtes; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die schriftliche Beantwortung der einfachen Anfrage wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der einfachen Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend Ziele, Nutzen und Kosten des Verwaltungsberichtes Kenntnis.

10.3.72 Motionen
10.17.12 Gratulationen, Ehrungen, Geschenke

73. Motion SVP-Fraktion betreffend Gratulationen an betagte Mitbürger; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, seinen Beschluss vom 13. August 2011 zu überarbeiten. Der Betrag für die Budgetdebatte 2013 soll so ausgerichtet werden, dass den Jubilaren mit 80, 90, und ab 95 jährlich mit einer Karte und einem Blumenstrauss gratuliert werden kann.

Begründung

Diese Motion steht im Zusammenhang mit der bevorstehenden Budgetdebatte an der Dezembersitzung des Rates.

Die SVP hat Kenntnis erhalten, dass der Gemeinderat im August 2011 im Rahmen der rigorosen Kürzungsmassnahmen bei der Budgetierung unter anderem im Bereich der Gratulationen für unsere betagten Mitbürger beschlossen hat, Kürzungen in der Höhe von Fr. 4'000.-- vorzunehmen.

In deren Folge soll den Betagten ab 1.1.12 wie folgt gratuliert werden:

- zum 80. Geburtstag eine Karte
- zum 90./95. und 100. Geburtstag eine Karte mit Blumenschale und danach
- alle 5 Jahre! Karte mit Blumenschale
- Goldene, Diamantene und Eiserne Hochzeitspaare mit Karte und Blumen
- Publikationen auf Wunsch der Jubilare

Die bisherige Regelung bescherte den Jubilaren jeweils zum 100. Geburtstag zusätzlich auch noch ein spezielles Geschenk von Fr. 500.--.

Für viele Betroffene hat die neue Regelung zu grosser Enttäuschung und seitens von Angehörigen auch zu erzürnter Reaktionen geführt.

Gerade ältere Mitbürger haben zumeist ihr Leben lang brav ihre Steuerpflicht erfüllt und im hohen Alter gehören Geburtstagsfeste und Gratulationen oftmals zu den wenigen Farbtupfern im zuweilen eintönigen Lebensalltag vieler Senioren. Die SVP ist der Meinung, dass Einsparungen nicht bei der Wertschätzung unserer Mitbürger vorzunehmen sind, sondern an anderer Stelle sinnvoller möglich wären (z. B. externe Beraterhonorare etc.) und beantragt deshalb dem Rat, es sei wieder zur vorherigen Regelung zurück zu kehren, dabei kann jedoch zum 100. Geburtstag durchaus ein kleineres Präsent ins Auge gefasst werden!

sig.

L. Müller, F. Brauer, W. Zysset, G. Zaugg, N. Wegmüller, B. Weber, E. Hirsiger

Persönliche Erklärungen

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Der Ratsausflug findet am 12. Oktober 2012 statt. Ich habe einige Sponsoren für diesen Anlass gefunden und die Teilnehmenden müssen nur mit einem kleinen Unkostenbeitrag rechnen.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte noch die beiden Mitglieder Bruno Hirt (Grüne) und Liliane Schärer (SP) im Namen der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion herzlich verabschieden und ihnen ein Präsent in Form einer Flasche Öl (die Gemeindepolitik benötigt stets eine Flasche Öl zum schmieren) und eine Dose Salz (das Salz in der Suppe streuen oder die Suppe versalzen) überreichen. Doch heute ist die politische Mitarbeit sprichwörtlich in Essig überführt worden. Besten Dank für die politische Mitarbeit.

Liliane Schärer musste aus gesundheitlichen Gründen per sofort aus dem Parlament ausscheiden. Ich wünsche Ihr eine gute Weiterentwicklung ihrer Genesung.

Bruno Hirt (Grüne): Besten Dank für die vielen Geschenke. Ich habe stets versucht, politisch mein Bestes für die Gemeinde Ostermündigen zu geben. Für mich ist die Zeit gekommen, auf die politische Mitarbeit zu verzichten.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Michael Werner

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Roland Rüfli

Rudolf Kehrli